

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Angelika Brunkhorst, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Harald Leibrecht, Markus Löning, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Gisela Piltz, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Organisatorische Kooperation zwischen Auswärtigem Amt und Wissenschaftsorganisationen nach dem Schweizer Modell „SHARE“

Während die Bundesrepublik Deutschland die Förderung von Wissenschaft und den wissenschaftlichen Austausch an ihren diplomatischen Auslandsvertretungen mit Kultur- und Wissenschaftsattachés, sowie getrennt davon über den Deutschen Akademischen Austauschdienst, die Goethe-Institute und Vertretungen der Forschungsorganisationen betreibt, geht die Schweiz mit dem „Swiss House for Advanced Research and Education (SHARE)“ einen anderen Weg. SHARE ist eine Kombination aus konsularischer Vertretung und Wissenschaftsmarketing. SHARE ist ein Gemeinschaftsprojekt des schweizerischen Außenministeriums und der Swiss Science Agency und unterhält Vertretungen dort, wo eine hohe Dichte von Wissenschaftlern anzutreffen ist, beispielsweise in Boston, Washington D. C. oder San Francisco. Die Privatwirtschaft ist durch Sponsoring und Projektmittel involviert, was einen erheblichen Beitrag zum Budget von SHARE leistet.

SHARE bietet die Möglichkeit eines sowohl virtuellen als auch physischen Treffens von Wissenschaftlern aus der Schweiz und den USA. Mit Hilfe eines Multimedia-Studios (ec-room) ist es möglich, z. B. einen Experten aus Boston live in den Unterricht an der Berner Fachhochschule einzuschalten. Dieser gemeinsame Ansatz von Außenministerium und Wissenschaftsorganisationen könnte ein Modell für die zukünftige Auslandsdarstellung der deutschen Wissenschaft sein.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung die Einrichtung „Swiss House for Advanced Research and Education, SHARE“ als Generalkonsulat und Informations- und Kommunikationszentrum der Schweiz in Boston/USA bekannt?
2. Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit von SHARE?
3. Wäre die Bundesregierung bereit, vergleichbare Einrichtungen wie das SHARE, also ein „German House for Advanced Research and Education“, an ausgewählten Orten im Ausland in öffentlich/privater Partnerschaft (PPP) zu gründen?

4. Wenn ja, gibt es dafür bereits konkrete Vorstellungen und Standorte?
5. Wenn nein, wo sieht die Bundesregierung die Hindernisse oder Mängel einer solchen Organisationsform?
6. Hält die Bundesregierung es für möglich, in einem zu schaffenden Wissenschafts-Center wie SHARE auch eine konsularische Service-Stelle für Wissenschaftler einzurichten?
7. Wenn nein, welche Gründe sprechen nach Meinung der Bundesregierung dagegen?
8. An welchen deutschen Auslandsvertretungen gibt es spezielle diplomatische Vertreter für den Bereich der Wissenschaften?
9. Welche Gründe gaben den Ausschlag, in Washington D. C. keine Vertretung aller großen deutschen Forschungsorganisationen zu gründen, sondern lediglich ein Büro der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu eröffnen?
10. Ist der Bundesregierung bekannt, ob weitere deutsche Forschungsorganisationen (z. B.: Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren/HGF, Max-Planck-Gesellschaft/MPG, Fraunhofer-Gesellschaft/FhG oder Leibniz-Gemeinschaft/WGL) die Gründung von Auslandsvertretungen planen?
11. Wenn ja, an welchen Standorten?
12. Wurden diese Maßnahmen mit dem Auswärtigen Amt bzw. dem Bundesministerium für Bildung und Forschung koordiniert, und ist über eine Gemeinschaftsvertretung nach dem Beispiel von SHARE nachgedacht worden?
13. Wenn nein, warum nicht?
14. Plant die Bundesregierung an ihren diplomatischen Auslandsvertretungen die Einrichtung multimedialer Studios, mit denen z. B. ausländische Wissenschaftler an einem Kongress in Deutschland teilnehmen können?
15. Wo sieht die Bundesregierung Defizite beim Wissenschaftsmarketing für den Standort Deutschland?
16. Wie gedenkt die Bundesregierung diese Defizite abzustellen?

Berlin, den 20. November 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion